

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/dokumentation/?em_cnt=1036158

Für eine Demokratisierung der Universitäten

Die Ausrichtung nach neoliberalen Effizienzkriterien bedeutet den Abschied von der Hochschulpolitik / Manifest des Gießener Arbeitskreises Bildungsperspektiven



Studenten brauchen das Gefühl dazuzugehören (dpa)

Die deutsche Universitätslandschaft ist im Umbruch begriffen. Während sich Bildungspolitiker in früheren Jahrzehnten primär über den gesellschaftlichen Gebrauchswert von Wissenschaft stritten, handeln ihre Debatten nun ausschließlich von Wettbewerb, Standortsicherung oder Exzellenzförderung. Ihr Ziel ist es, den Hochschulbereich für den freien Markt zu öffnen und akademische Einrichtungen in ökonomische Dienstleistungsbetriebe zu verwandeln.

Als inhaltliches Leitbild für diese Umstrukturierung dient die Organisationsform von international agierenden Wirtschaftsunternehmen: schlank, effizient, autoritär geführt sowie hierarchisch gegliedert. Hiermit verbunden ist die Ablösung der so genannten "Gruppenuniversität", die im Zuge der 68er-Bewegung mühevoll erkämpft wurde, um die Vormachtstellung der Ordinarien zurückzudrängen und allen Hochschulangehörigen ein gewisses Maß an Mitbestimmung zu garantieren.

Stand Teilhabe in den achtziger Jahren noch im Mittelpunkt der Überlegungen, wird seit einiger Zeit die Leistungsfähigkeit der demokratischen Hochschulverwaltung in Frage gestellt. Die Diskussion um die Neuorganisation der Universitäten, die in erster Linie unter den Schlagwörtern "Autonomie, Deregulierung und Eigenverantwortung" geführt wird, fällt daher unmittelbar mit dem neoliberalen Generalangriff auf die klassisch-hoheitliche Administration zusammen.

Das übergeordnete Ziel des zunehmend um sich greifenden Neoliberalismus ist die freie Entfaltung des Kapitalmarkts, die durch stabile Währungsverhältnisse, weitgehenden Bürokratieabbau und einen größtmöglichen Grad an Privatisierung erreicht werden soll. Von der Politik erwartet er, günstige Rahmenbedingungen für ökonomisches Wachstum zu schaffen, wobei sich staatliche Einflussnahmen stets an Wirtschaftsinteressen zu orientieren haben. Ein öffentlicher Verwaltungsapparat, der durch Verordnungen regulierend in den Markt eingreift, wird nach dieser Logik konsequent abgelehnt. In der Absicht, den einzelnen Verwaltungseinheiten größere Bewegungsfreiheit zu verschaffen, werden traditionelle Steuerungsinstrumente abgebaut und sowohl durch strukturelle Verschlinkung als auch durch Machtkonzentration ersetzt. Dies führt einerseits zur Zusammenlegung von Fachbereichen, andererseits zur Stärkung der Hochschulleitung, die längere Amtszeiten, größere Weisungsbefugnisse und umfassendere Aufsichtsfunktionen zugesprochen bekommt. Demzufolge sollen Präsident und Dekan "Manager" der Universität bzw. der Fakultät sein.

Hinzu kommt die Errichtung von externen Hochschulräten, die über die strategische Planung der Lehr- und Forschungsaktivitäten bestimmen. In ihnen befinden sich "Sachverständige aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung", aber keine Repräsentanten der jeweiligen Statusgruppen. Somit liegt die Verantwortung für die Universitätsentwicklung nicht bei den Hochschulangehörigen, sondern ausschließlich bei auswärtigen Entscheidungsträgern. Zusammen mit dem immer lauter vernehmbaren Ruf nach der Abschaffung der studentischen Selbstverwaltung handelt es sich hierbei um einen massiven Eingriff in die demokratische Verfassung der Universität.

Hochschulgremien überfordert

Nichtsdestotrotz dürfte kein Zweifel daran bestehen, dass die Hochschulgremien in ihrer traditionellen Form hoffnungslos überfordert sind. Sinnvoll ist jedoch eine Kritik, die erneut ins Bewusstsein ruft, wie sehr die Professorenmehrheit die Transparenz und Effizienz von universitären Zielfindungsprozessen blockiert. Wenn nämlich eine Interessensgemeinschaft kraft Majorität imstand ist, ihre spezifischen Anliegen unter allen Umständen durchzusetzen, können kaum Fortschritte für die gesamte Universität erzielt werden.

Doch ist die professorale Dominanz im Senat, den Fachbereichsräten oder den Ausschüssen kein Argument für die Einführung eines marktförmigen Struktur- und Organisationsprinzips. Vielmehr sollten bestehende Demokratiedefizite behoben und alle Gruppen, d.h. Professoren, Studenten, Mittelbau sowie technisch-administrative Mitarbeiter, gleichberechtigt in Hochschulgremien vertreten sein. Eine solche Viertelparität würde nicht nur das universitäre Arbeitsklima verbessern, sondern ebenfalls zur kollektiven Identitätsfindung beitragen. Gemeinsam getragene Entscheidungen könnten die Beteiligten dazu veranlassen, die Hochschule als gestaltbaren Lebensraum wahrzunehmen. Dadurch ließe sich ihre Kooperationsbereitschaft bei notwendigen Veränderungen erheblich steigern.

Ein betriebswirtschaftliches Management kommt als Alternative hingegen nicht in Frage. Erstens erlaubt es keine gemeinschaftlich ausgehandelten Kompromisse und läuft zweitens auf die Selbstabschaffung der Hochschulpolitik hinaus. Tritt nämlich jede Universität als unabhängiges, finanziell eigenverantwortliches Unternehmen in Erscheinung, sind alle Versuche einer überregionalen Bildungs- und Forschungsplanung automatisch zum Scheitern verurteilt. Anstatt wichtige Entscheidungskompetenzen einseitig an die Hochschulleitung zu verteilen, muss die Politik für eine lebendige demokratische Kultur innerhalb und außerhalb der Universitätsmauern sorgen.

Die Autoren

Der Arbeitskreis Bildungsperspektiven an der Justus-Liebig-Universität Gießen versteht sich als listenunabhängiges studentisches Diskussionsforum, das 2003 während der Proteste gegen die Bildungspolitik der hessischen Landesregierung gegründet wurde. Er will die Bemühungen einer Hochschulreform kritisch begleiten und unter den Studierenden Interesse an bildungstheoretischen Fragestellungen wecken. Außerdem geht es dem Arbeitskreis darum, verbreitete Auffassungen zu hinterfragen und eigene Ansätze für ein emanzipatorisches Bildungsverständnis zu erarbeiten.

Für das hier gekürzt abgedruckte Manifest zeichnen Alexander Eilers, M.A., Dr. Diego Rybski, Ole Snoeijer, Tobias Cepok und Diana Fischer verantwortlich.
www.akbp.de.vu/ aud

Dies führt im Einzelnen zu folgenden Forderungen:

a) Organisation

- Abschaffung der Professorenmehrheit
- Viertelparität über das "Kreuzwahlverfahren"
- Einschränkung der präsidentialen Gewalt
- Selbstverwaltung aller universitären Statusgruppen
- Minderheitenschutz
- Verkürzung von Amtszeiten und transparente Wahlverfahren
- kleine, dezentrale Verwaltungseinheiten
- Stärkung des Senats als oberstes beschlussfähiges Gremium
- Einrichtung eines Konvents zur Fortentwicklung der Demokratisierung

b) Personalstruktur

- Einebnung des Verdienstgefälles zwischen Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern
- Tarifverträge für den akademischen Mittelbau
- finanzielle Besserstellung von Lehrbeauftragten und studentischen Hilfskräften
- keine unbezahlte Mehrarbeit oder Zwangsteilzeit

- Verbot von prekären Arbeitsverhältnissen
- gezielte Frauengleichstellung
- paritätisch besetzte Berufungskommissionen

c) *studentische Selbstverwaltung*

- Wiederzulassung des allgemeinpolitischen Mandats
- Mitbestimmung über Lehrinhalte
- institutionalisierte Vertretungen auf Landes- und Bundesebene mit Anhörungsrecht in Parlamenten (Dachverband)
- Repräsentanz in bildungspolitischen Beratungsgremien (z.B. Wissenschaftsrat)

d) *Einflussnahme durch die Gesellschaft*

- freier Hochschulzugang
- Verwandlung der Hochschulräte in öffentlichen Kuratorien
- Förderung von gemeinnützigen Forschungsprojekten
- bessere Vernetzung mit kommunalpolitischen Institutionen
- Zusammenarbeit mit Volkshochschulen
- keine Privatisierung von universitären Einrichtungen

[document info]
Copyright © FR online 2006
Dokument erstellt am 20.12.2006 um 16:56:01 Uhr
Letzte Änderung am 20.12.2006 um 17:18:00 Uhr
Erscheinungsdatum 21.12.2006